

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

Netzwerk Grundeinkommen  
Veilchenweg 6  
74360 Ilsfeld

Prüfsteine zur Europawahl 2014

## Grundeinkommen

---

1. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um das Grundrecht auf ein Leben in Würde, wie es in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union dargelegt wird, für alle EuropäerInnen zu garantieren?

*Die Partei DIE LINKE fordert im [Europawahlprogramm 2014 \(S. 11 und 25\)](#):*

*"Soziale Grundrechte, erreichte Standards sowie die Tarifautonomie müssen Vorrang vor der Freiheit der Märkte haben. Wir wollen, dass in den EU-Verträgen neben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch soziale Rechte und hohe soziale Standards verankert und Sozialsysteme geschützt werden."*

*"Alle Mitgliedstaaten sollen grundlegende Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung, Energie u. a. allgemein und verpflichtend zur Verfügung stellen und für alle Menschen unabhängig vom Geldbeutel zugänglich machen. DIE LINKE engagiert sich für europäische Mindestnormen, die eine gleich berechnete Grundversorgung mit Wohnraum, Wärme, Wasser, Zugang zum Internet und Energie sicherstellen. Europaweit soll es ein kostenfreies Grundkontingent für jeden Haushalt an Wärme, Wasser und Energie, Telefon und Internetzugang geben."*

2. Wie steht Ihre Partei angesichts der heutigen Beschäftigungsverhältnisse und der unzureichenden Systeme der Einkommenssicherung (bedingt, bedürftigkeitsorientiert, nicht hoch genug) zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Europa?

*In unserem [Programm zur Europawahl 2014 \(S. 24\)](#) steht dazu:*

*"Teile der LINKEN vertreten das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen und unterstützen entsprechende Diskussionsinitiativen und Prüfaufträge auf europäischer Ebene."*

3. Hält Ihre Partei wissenschaftliche Forschung zum bedingungslosen Grundeinkommen als Instrument zur Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme für sinnvoll?

*Ja. Deswegen befürwortet DIE LINKE auch die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Grundeinkommen mit Sachverständigen aus der Wissenschaft im Deutschen Bundestag, siehe [Programm zur Bundestagswahl 2013 \(S. 18\)](#) sowie Prüfaufträge auf europäischer Ebene (siehe Antwort auf Frage 2).*

4. Hat Ihre Partei die Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen unterstützt, mit der rund 300.000 Bürgerinnen und Bürger der Forderung nach der Erforschung eines Weges zu emanzipatorischen sozialstaatlichen Rahmenbedingungen in der EU mittels eines bedingungslosen Grundeinkommens Nachdruck verliehen haben? Wenn ja wie? Wenn nein, warum nicht?

*Die Partei DIE LINKE hat in ihrem [Newsletter vom 28. August 2013](#) auf die Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen aufmerksam gemacht. Die Mitglieder der [Bundesarbeitsgemeinschaft \(BAG\) Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE](#) und viele andere Mitglieder der Partei DIE LINKE haben engagiert für die Unterstützung der Europäischen Bürgerinitiative Grundeinkommen geworben und im bundesweiten [Bündnis für die Europäische Bürgerinitiative Grundeinkommen](#) aktiv mitgewirkt.*

5. Wie steht Ihre Partei zu der mit großer Mehrheit und von Mitgliedern aller Fraktionen des Europäischen Parlaments gefassten Entschließung über Mindesteinkommen vom Jahr 2010, in der das Parlament die Europäische Kommission und die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auffordert, "zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierter Armut zu vermeiden"? Siehe Ziffer 44 in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa (2010/2039(INI)) .

*Im Jahr 2008 wurde von Gabriele Zimmer (derzeit Vorsitzende der [Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken im Europäischen Parlament](#)) die [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Oktober 2008 zur Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU \(2008/2034\(INI\)\)](#) vorbereitet. In der vom Europäischen Parlament mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung heißt es unter Ziffer 7: "Das Europäische Parlament stimmt der Kommission zu, dass die Sozialhilfeniveaus in den meisten Mitgliedstaaten bereits unterhalb einer Schwelle der Armutsgefährdung liegen; pocht darauf, dass das zentrale Ziel von Einkommensstützungssystemen darin bestehen muss, Menschen aus der Armut zu führen und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen; fordert die Kommission auf, die armutsbekämpfende Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens für alle zu prüfen."*

*Die Partei DIE LINKE schließt sich diesen Forderungen und auch derjenigen in der Entschließung an, die von Ihnen genannt worden ist, und die auf dem Bericht von Ilda Figueiredo (Mitglied der Fraktion der der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken im Europäischen Parlament) basiert. Deswegen unterstützt DIE LINKE in ihrem Programm für die Europawahl Prüfaufträge hinsichtlich des Grundeinkommens auf europäischer Ebene (siehe Antwort auf Frage 2).*

*Die Partei DIE LINKE unterstützt grundsätzlich Entschließungen, die auf die Bekämpfung der Armut durch repressions-/sanktionsfreie und individuelle Mindesteinkommen auf mindestens der Höhe der Armutsrisikogrenze des jeweiligen Landes zielt. Vgl. dazu folgende Aussagen im [Programm zur Europawahl 2014, S. 10 und S. 23](#): "DIE LINKE kämpft für verbindliche soziale Rechte für alle Menschen in der EU, so für EU-weite armutsfeste Mindestlöhne, Mindestrenten und Mindesteinkommen." "DIE LINKE unterstützt verbindliche Zielvorgaben für die Bekämpfung von Armut – so brauchen wir eine EU-Vorgabe, die für Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Rente im Rahmen der Sozialversicherungen ein Einkommen in Höhe von mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens vor Ort (für Experten: »des mittleren nationalen Nettoäquivalenzeinkommens«) gewährleisten soll. Alle Bürgerinnen und Bürger Europas sollen unabhängig von der Erwerbsbiografie, Herkunft oder Nationalität sowie dem Vorliegen einer Behinderung Anspruch auf soziale Mindestsicherung an ihrem Wohnort haben. In Deutschland sind das derzeit 1.050 Euro. In Ländern mit niedrigem Einkommensniveau werden Warenkorbzeile zu Überprüfung der ausreichenden Höhe ergänzend herangezogen."*

6. Welche konkreten Initiativen haben Ihre Partei und die Mitglieder Ihrer Partei im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag zur Umsetzung dieses Prüfauftrages, beschlossen durch das Europäische Parlament, ergriffen? Welche konkreten politischen Initiativen hat Ihre Partei ergriffen, um die Bundesregierung zur Umsetzung des Prüfauftrages zu bewegen?

*DIE LINKE möchte das Thema Grundeinkommen in der o. g. Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages mit Expert/-innen diskutieren, um auf der Grundlage der Ergebnisse der Kommission über weitere politische Schritte zu beraten.*

7. Hat Ihre Partei das Europäische BürgerInnen-Manifest für Demokratie, Solidarität und Gleichheit zur Kenntnis genommen, in dem die Bürgerinnen und Bürger Europas u. a. die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens auf europäischer Ebene fordern? Haben Europaabgeordnete Ihrer Partei Kontakt mit den Organisatorinnen und Organisatoren des Manifests aufgenommen, um sich über die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger Europas auszutauschen und politische Initiativen, zum Beispiel zum Grundeinkommen, zu ergreifen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

*Auf dem Europaparteitag der Partei DIE LINKE Mitte Februar 2014 in Hamburg hat die BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE einen [Antrag zum Bürger/-innen-Manifest](#)*

[\(vgl. Antragsheft S. 19 ff.\)](#) gestellt. Im Antrag wurde auch auf die Forderung nach dem Grundeinkommen im Manifest verwiesen. Dieser Antrag wurde vom Parteitag an den Parteivorstand zur Entscheidung überwiesen. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen. Hintergrund ist auch, dass auf dem Parteitag am 11. Mai 2014 in Berlin eine [Debatte über das Grundeinkommen](#) stattfinden wird.

8. Viele namhafte WissenschaftlerInnen haben sich weltweit für ein Grundeinkommen ausgesprochen, unter ihnen mindestens sieben Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften. Es gibt immer mehr Forschung zu diesem Thema. Die Literatur zu ökonomischen, sozialen, politischen, ethischen und rechtlichen Aspekten des Grundeinkommens wächst. (Wie) will ihre Partei die Diskussion und die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Europa befördern?

*DIE LINKE will die öffentliche und parteinterne Diskussion zum Grundeinkommen weiterführen, unterstützt entsprechende Diskussionsinitiativen und Prüfaufträge auf europäischer Ebene und befürwortet die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag.*

9. Welche konkreten Vorstellungen zum Grundeinkommen sind im Programm Ihrer Partei zur Wahl des Europäischen Parlaments enthalten? (Bitte Textstellen und Links angeben.)

*Siehe die Antwort auf Frage 2.*

10. In der ganzen Welt schließen sich mehr und mehr Menschen in Netzwerken zusammen, um das Grundeinkommen durchzusetzen. Das deutsche Netzwerk Grundeinkommen wurde 2004 gegründet. Es ist der deutsche Zweig des Basic Income Earth Network (BIEN). Pilotprojekte zeigen, dass ein Grundeinkommen ein geeignetes Instrument zur Erreichung des UN-Millenniumsziels 1 (Bekämpfung von extremer Armut und Hunger) ist. Wie bewertet Ihre Partei ein Grundeinkommen im Hinblick auf die Armutsbekämpfung sowie die Einhaltung der Menschenrechte?

*Die Partei DIE LINKE verfolgt aufmerksam die Debatten und Projekte zu [bedingten](#) und [bedingungslosen](#) social cash transfers, die das Ziel haben, Armut und Hunger zu bekämpfen, selbstverständlich auch die [Ergebnisse des Pilotprojekts eines breiten Bündnisses inkl. der Gewerkschaften in Namibia](#) und die [positiven Einschätzungen](#) des Projekts durch die UNO-Sonderberichterstatterin für Fragen der extremen Armut und der Menschenrechte. Beachtung finden auch die Projekte von [Initiativen in Brasilien](#) und [Gewerkschaften in Indien](#) zu bedingungslosen cash transfers (Grundeinkommen).*

*Teile der Partei DIE LINKE befürworten ein Grundeinkommen als geeignetes Mittel zur Armutsbekämpfung, Durchsetzung der Menschenrechte und Erreichung des Millenniumziels.*